

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

16. WP - 69. Sitzung

am Mittwoch, dem 16. April 2008, 13:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Werner Kalinka (CDU)	Vorsitzender
Peter Lehnert (CDU)	
Ursula Sassen (CDU)	
Heike Franzen (CDU)	i.V. von Wilfried Wengler
Peter Eichstädt (SPD)	
Regina Poersch (SPD)	i.V. von Thomas Hölck
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Thomas Rother (SPD)	
Wolfgang Kubicki (FDP)	
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Fehlende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Anhörung zur Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei	5
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 16/1678	
Anzuhörende:	
- Karl-Hermann Rehr, Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nord	
- Ernst Meißner, Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund DPoIG, Landesverband Schleswig-Holstein	
- Bernd Carstensen, Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Schleswig-Holstein	
2. Änderung des Landesbrandschutzgesetzes	12
hierzu: Umdruck 16/2921, 16/2941	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten)	13
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1665	
b) Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1668	
4. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei staatsanwaltschaftlichen Vorprüfungsverfahren	14
hierzu: Umdrucke 16/1807, 16/2167, 16/2704, 16/2916, 16/2930 (interner Umdruck), 16/3000 (interner Umdruck)	

- 5. Berücksichtigung von Zählgemeinschaften bei Ausschussbesetzungen** **15**
- Vorlage des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2784
- hierzu: Umdruck 16/2868
- 6. a) Dopingbekämpfung im Sport** **16**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1297
- b) Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein**
- Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1010
- 7. Schutz von Immobilienbesitzern** **17**
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1806
- 8. Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsrechtliche Prüfung der §§ 146 Abs. 3, 134 Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes** **18**
- Schreiben des Vorsitzenden der Zweiten Senats des BVerfG
- Az. 2 BvL 8/08 -
Umdruck 16/2936
- 9. Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz** **19**
- Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1282 (neu)
- 10. Verschiedenes** **20**

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung zur Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1678

(überwiesen am 13. Dezember 2007 zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/3033, 16/3044

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nord, Karl-Hermann Rehr

Herr Rehr, Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nord, hebt positiv hervor, dass sich der Innen- und Rechtsausschuss nach der doch eher ernüchternd kurzen Debatte im Plenum noch einmal mit den Ergebnissen der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP zur Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei beschäftige. Er stellt fest, das vorgelegte Material biete eine gute Grundlage für die Personalplaner der Landespolizei, die Führungskräfte, aber auch die Belegschaft selbst. Im Folgenden stellt er noch einmal die Kernpunkte der Antwort der Landesregierung dar. Unter anderem verweist er auf die Prognosen, dass bis zum Jahr 2020 in Schleswig-Holstein rund 40 % der Polizeivollzugsbeamten über 50 Jahre alt sein werden. Dem stehe die stetig wachsende Zahl von Gewaltdelikten insbesondere von Jugendlichen und Heranwachsenden gegenüber. Darüber hinaus zeige auch eine Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abg. Kubicki, Drucksache 16/1932, die angestiegene Zahl von geschlossenen und besonderen Einsätzen der Landespolizei. Auch dieser Trend werde sich in Zukunft fortsetzen, sodass davon auszugehen sei, dass für diese Spezialeinheiten immer mehr junge und fitte Kräfte benötigt würden. Immer jünger werdenden Tätern stünden dann immer älter werdende Polizeibeamte gegenüber.

Er betont, auch wenn die Landesregierung in ihrer Beantwortung der Großen Anfrage zurzeit keinen Handlungsbedarf sehe, sei seiner Meinung nach der Handlungsbedarf groß. Berücksichtigt werden müssten bei der Planung auch die speziellen Arbeitsformen der Polizei und die dadurch bedingten besonderen körperlichen Belastungen. Die Landesregierung sehe hier

die Lösung in einer Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle. Ob hierdurch die hohen Belastungen gemildert werden könnten, müsse sich erst noch zeigen.

Herr Rehr fordert ein umfassendes Nachwuchskonzept für die Landespolizei. Ziel sei es, den Stand und die Qualität der Bewerber zu halten, trotz zurückgehender Schülerzahlen und der wachsenden Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt um die jungen Nachwuchskräfte. Die politischen Entscheidungen zur Landespolizei in den letzten Jahren hätten die Attraktivität des Berufsbildes der Polizei in Schleswig-Holstein nicht gerade gesteigert. Schleswig-Holstein stelle nach wie vor im mittleren Dienst ein, mit steigender Tendenz. Es würden keine Anwärtersonderzuschläge gezahlt. Erstmals gebe es in diesem Jahr keine Sonderzuwendungen. Hier müsse gegengesteuert werden.

Neben einem Nachwuchskonzept fordert er außerdem eine Festlegung der Verstetigung des Personals über das Jahr 2010 hinaus.

**Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund DPoIG, Landesverband
Schleswig-Holstein, Ernst Meißner**

Umdruck 16/3044

Herr Meißner, Deutsche Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund, trägt die schriftliche Stellungnahme, Umdruck 16/3044, vor.

**Bund Deutscher Kriminalbeamter,
Landesverband Schleswig-Holstein, Bernd Carstensen**

Umdruck 16/3033

Herr Carstensen, Bund Deutscher Kriminalbeamter, trägt die Kernpunkte der schriftlichen Stellungnahme, Umdruck 16/3033, vor. Darüber hinaus beschreibt er den wachsenden Anspruch an die Polizeibeamtinnen und Beamten im Bereich der Analyse- und Ermittlungstätigkeit bei der Kriminalpolizei. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, werde auch immer mehr ein Hochschulabschluss erforderlich. Um für diese Stellen geeignete Bewerberinnen und Bewerber anlocken zu können, müsse man ihnen aber entsprechende Anreize bieten können. Der Wettbewerb zu Polizeien in anderen Ländern und auch größeren Unternehmen werde immer stärker.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der Entwicklung der Planstellen in der Beantwortung der Großen Anfrage weist er darauf hin, die Argumentation der Landesregierung sei hier nicht konsequent. Sie begründe den Abbau von Planstellen mit dem Wegfall von Aufgaben. Die in

den letzten Jahren hinzugekommenen Aufgaben hätten jedoch nicht zu einer Aufstockung der Planstellen geführt.

* * *

In der anschließenden Aussprache beantwortet Herr Carstensen die Frage von Abg. Kubicki zu den Auswirkungen einer möglichen Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Polizisten dahin gehend, das werde dann selbstverständlich die Einstellungen reduzieren und dadurch den Altersdurchschnitt erheblich nach oben verschieben. Das Einstiegsalter der Kolleginnen und Kollegen für Spezialeinheiten würde sich dadurch ebenfalls nach oben verschieben. Dies hätte fatale Auswirkungen. - Herr Rehr weist ergänzend auf die besondere Beanspruchung der Polizeibeamtinnen und -beamten in psychischer und physischer Hinsicht hin. Nicht umsonst habe man deshalb auch die Altersteilzeit für sie eingeführt. Die jetzt vor dem Hintergrund der leeren Rentenkassen geführte Diskussion über die Lebensarbeitszeitverlängerung sei damit nicht zu vereinbaren. - Auch Herr Meißner betont, auf die besonderen physischen und psychischen Belastungen der Polizisten sei eine Ausweitung der Lebensarbeitszeit mit Sicherheit die falsche Antwort.

Herr Rehr schlägt dem Ausschuss außerdem vor, sich noch einmal in nicht öffentlicher Sitzung die Fragen im Zusammenhang mit SEK und MEK beantworten zu lassen, die in der Antwort der Landesregierung, Drucksache 16/1932, von der Landesregierung mit dem Hinweis auf die Möglichkeit eines Berichts in nicht öffentlicher Sitzung ausgelassen worden seien.

Außerdem verweist er noch einmal auf die besonderen Probleme der Wasserschutzpolizei, ausreichend Nachwuchs zu finden.

Abg. Hentschel stellt fest, dass im Gesamtmittel die Altersdurchschnittszahlen der Polizisten über die letzten Jahre relativ konstant gewesen seien. Er möchte wissen, wie man sicherstellen könne, dass in allen Positionen der Polizei eine durchwachsene Altersstruktur vorherrsche und welche Probleme hier gesehen würden. - Herr Rehr antwortet, man könne nicht allein den Altersdurchschnitt aller Beamtinnen und Beamten betrachten, sondern müsse berücksichtigen, dass man sich im Bereich der Nachwuchseinstellung in massiver Konkurrenz mit anderen Bundesländern, dem Bund und auch Unternehmen der Wirtschaft sehe. Als Beispiel weist er darauf hin, dass im Jahr 2007 2.700 Bewerbungen eingegangen seien. Daraus seien lediglich 138 Einstellungen hervorgegangen. Das liege in erster Linie daran, dass die meisten Bewerberinnen und Bewerber sich für andere Stellen entschieden hätten.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, möchte wissen, wie viele der jungen ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten nach ihrer Ausbildung in andere Bundesländer oder zur Bundespolizei wechselten. - Herr Rehr antwortet, in der Regel verließen Beamtinnen und Beamte das Land nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Wer einmal in Schleswig-Holstein angefangen habe zu arbeiten, bleibe in der Regel auch hier im Land. Dies könne sich jedoch stark ändern, wenn es aufgrund der geänderten Kompetenzen im Rahmen der Föderalismusreform keine einheitliche Besoldung in den Bundesländern und im Bund mehr geben werde.

Abg. Hentschel fragt noch einmal nach, wie es angesichts einer insgesamt kontinuierlichen Zahl von Polizisten und einer insgesamt relativ kontinuierlichen Zahl von Anwärtern dazu komme, dass die Polizei immer älter werde. Er möchte wissen, welche Strukturveränderungen dafür verantwortlich seien und was man dagegen unternehmen könne. - Herr Carstensen verweist in diesem Zusammenhang auf das Sicherheitspaket aus dem Jahr 2002, in dessen Zusammenhang insgesamt 100 Polizeibeamte mehr eingestellt worden seien. Diese 100 zusätzlichen Stellen würden jetzt langsam dadurch abgebaut, dass man von Mal zu Mal weniger einstelle. Das führe dazu, dass die Zahl der älteren Kolleginnen und Kollegen anwachse. Gleichzeitig werde im Bereich der Ausweitung der Spezialeinheiten immer mehr junges Personal nötig. Hauptgrund sei jedoch, dass immer weniger Personal bei der Polizei eingestellt werde. - Herr Rehr ergänzt, den immer stärkeren Abgängen stünden immer weniger Einstellungen gegenüber. So seien im Jahr 2006 zunächst 180 Neueinstellungen vorgesehen gewesen. Davon seien lediglich 105 Stellen realisiert worden. - Herr Meißner erklärt, in der Vergangenheit sei im Land sehr unterschiedlich eingestellt worden. Unter anderem habe man zu bestimmten Zeiten sehr viel mehr Wert auf Berufserfahrung gelegt und dementsprechend mehr ältere Kolleginnen und Kollegen eingestellt. Er weist außerdem darauf hin, dass es innerhalb des Landes unterschiedliche Verhältnisse gebe. So seien im Hamburger Randgebiet sehr viel mehr jüngere Polizisten tätig als beispielsweise im Norden des Landes.

Abg. Rother spricht das Bewerbungsverfahren an und fragt, ob durch ein rascheres Verfahren, eine schnellere Zusage des Landes, eventuell mehr Bewerberinnen und Bewerber im Konkurrenzkampf zu anderen Bundesländern gewonnen werden könnten.

Er möchte außerdem wissen, ob es für sinnvoll gehalten werde, vor der Polizeiausbildung eine Art vorbereitenden Dienst zu schaffen, um die Bewerbungsvoraussetzungen in Bezug auf Qualität und Fitness der Bewerberinnen und Bewerber zu stärken und so eine weitere Auswahlstufe für den mittleren Dienst vorzuschalten. - Herr Rehr antwortet, im mittleren Dienst werde in Schleswig-Holstein mit der Begründung eingestellt, dass man eine berufliche Perspektive auch für Realschüler schaffen wolle. Gerade die Einstellungspraxis für das Jahr 2007 habe jedoch gezeigt, dass 70 % der Bewerberinnen und Bewerber Abitur oder eine Fachhoch-

schulreife nachweisen konnten. Es gebe also eine Verdrängung durch die höherwertigen Bildungsabschlüsse. - Herr Meißner lehnt es ab, die Einstellungsvoraussetzungen weiter abzusenken, insbesondere im sportlichen Bereich. Hier lägen die Anforderungen inzwischen schon unter denjenigen des Sportabzeichens.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, möchte wissen, wie die beklagte geschwundene Attraktivität der Ausbildungsplätze bei der Polizei in Schleswig-Holstein sich mit der Aussage vereinbaren ließe, dass im Jahr 2007 bei den Einstellungen sogar 70 % der Bewerberinnen und Bewerber ein Abitur oder eine Fachhochschulreife nachgewiesen hätten. - Herr Rehr erklärt, bei den Einstellungstests seien viele Realschüler gegenüber Abiturientinnen und Abiturienten unterlegen. Oftmals sei es so, dass sich die Bewerberinnen und Bewerber, die für eine Einstellung im gehobenen Dienst eine Ablehnung erhalten hätten, noch einmal für den mittleren Dienst bewürben.

Abg. Rother möchte wissen, ob die Anzuhörenden bei der Landespolizei noch Potenzial für eine Verlagerung von Aufgaben von Vollzugsbeamte auf angestellte Kräfte sähen. - Herr Rehr antwortet, gerade werde wieder einmal die Landespolizei auf Aufgaben durchkämmt, die verlagert werden könnten, damit noch mehr Personal auf die Straße geschickt werden könne. Insgesamt sei der „Laden“ aber bereits sehr ausgepresst. - Herr Meißner bemerkt, die Schreibstuben seien inzwischen abgeschafft. Es fehle jedoch bei der Kriminalpolizei insbesondere an qualifizierten Schreibkräften. Er sehe außerdem die Gefahr, dass der Bereich der Angestellten im Tarifbereich überschätzt werde. Er erlebe es immer wieder, dass diese Angestellten mit den Aufgaben überfordert seien.

Abg. Kubicki möchte wissen, wie man dem in der Antwort auf die Große Anfrage insgesamt düsteren Bild, dass beispielsweise bis 2007 insgesamt 220 Stellen nicht wiederbesetzt werden könnten, da nicht genügend Nachwuchs eingestellt werde, und darüber hinaus durch Schwangerschaften, Altersteilzeit und so weiter eine Reihe weiterer Beamtinnen und Beamten ersetzt werden müssten, entgegenwirken könne. - Herr Rehr antwortet, es fehle ein vernünftiges Konzept, das eine Qualitätssteigerung des Landes als Arbeitgeber beinhalte. Die Fehler der Vergangenheit, indem immer wieder bestimmte Einstellungszahlen unterschritten worden seien, müssten korrigiert werden. Das sei zwar nicht akut, müsse aber Schritt für Schritt kommen. Dabei werde nicht zu vermeiden sein, Mehreinstellungen vorzunehmen. Aus seiner Sicht sei also ein vernünftiges Einstellungsverfahrenskonzept, inklusive einer vernünftigen Finanzplanung, erforderlich, die den Bedarf berücksichtige.

Herr Meißner weist darauf hin, dass bei den Personalstellen auch immer wieder mit Buchungstricks gearbeitet werde. Es müsse einmal tatsächlich festgestellt werden, wie viel Personen gebraucht würden, um die zu erledigende Arbeit auch ausführen zu können.

Herr Carstensen erklärt, die Politik fordere, dass die Aufgaben mit der vorhandenen Mannschaft erledigt würden. Gleichzeitig kämen jedoch Aufgaben dazu und die Qualität solle sich verbessern. Das gehe nur, indem man die Kolleginnen und Kollegen weiter qualifiziere. Er regt an, sich in Schleswig-Holstein auf eine „Expertenpolizei“ als strategische Ausrichtung zu verständigen. Voraussetzung dafür sei jedoch, dass Karrierechancen auch innerhalb eines Aufgabenbereichs geschaffen würden und nicht besondere Qualifikationen in einem Bereich in einen anderen Bereich mitgenommen würden, weil nur so eine Beförderung möglich sei.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, spricht die Arbeitserleichterung bei der Polizei durch den Einsatz technischer Entwicklungen an. - Herr Rehr erklärt, der Einsatz technischer Mittel führe in vielen Bereichen der Polizei auch zu dem Einsatz zusätzlicher Kräfte, beispielsweise bei der Telefonüberwachung oder bei den Onlinedurchsuchungen. - Herr Carstensen weist darauf hin, dass Einsparungen durch den Einsatz technischer Mittel schon realisiert worden seien.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, fragt nach der Einführung einer Altersgrenze für den Einsatz im Nacht- und Schichtdienst. - Herr Rehr antwortet, eine Grenze sei zwar durchaus angezeigt, sie müsse jedoch flexibel gehandhabt werden. - Herr Meißner ergänzt, bei der Entscheidung müsse berücksichtigt werden, wie viele Jahre insgesamt ein Kollege im Schichtdienst gearbeitet habe. Die Jahre sollten nicht 25 oder 30 überschreiten. Auch er plädiert dafür, keine feste Altersgrenze einzuführen, jedoch die Möglichkeit, jemanden vom Nacht- oder Schichtdienst zu befreien, weiter vorzusehen.

Eine Nachfrage des Vorsitzenden, Abg. Kalinka, zur Anschlussverwendung von Spezialkräften beantwortet Herr Carstensen dahin gehend, dass Zeiten in einer Spezialeinheit als Bonus für eine Beförderung angesehen werden sollten.

Die Frage des Vorsitzenden, Abg. Kalinka, nach der Höhe der inzwischen angehäuften Überstunden bei der Landespolizei beantwortet Herr Rehr dahin gehend, dass es keine konkreten Zahlen hierzu gebe. Die GdP gehe jedoch von einem Überstundensockel aus, der landesweit zwischen 400.000 und 500.000 Stunden liege.

Abg. Puls schlägt vor, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP zur Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei, Drucksache 16/1678, abschließend zur Kenntnis zu nehmen. - Abg. Rother schließt sich diesem Verfah-

rensvorschlag an, weist aber darauf hin, dass die in der Antwort auf die Große Anfrage enthaltenen Themen im Zusammenhang mit anderen Beratungen zur Polizei wieder aufgegriffen werden müssten.

Abg. Hentschel bittet vor der abschließenden Beratung im Ausschuss um die in der Anhörung angeregte und von der Landesregierung angebotene Ergänzung der schriftlichen Beantwortung der Großen Anfrage im Hinblick auf die Personalstärken der Spezialeinheiten in nicht öffentlicher Sitzung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses. - Abg. Kubicki schließt sich dem Verfahrensvorschlag von Abg. Hentschel an.

Der Ausschuss beschließt dementsprechend, den Innenminister in einer seiner nächsten Sitzungen um einen ergänzenden Bericht im Hinblick auf die Personalstärken der Spezialeinheiten mit Bezugnahme auf die Beantwortung der Großen Anfrage zu bitten und danach seine Beratungen abzuschließen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Änderung des Landesbrandschutzgesetzes

hierzu: Umdruck 16/2921, 16/2941, 16/3021

Herr Schütt, Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein, erklärt, der Landesfeuerwehrverband sei mit der in Umdruck 16/3021 aufgeführten Formulierung für eine Änderung des Landesbrandschutzgesetzes einverstanden. Diese Fassung sei auch mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt worden.

Herr Schönherr, Referatsleiter im Innenministerium, signalisiert die Zustimmung des Innenministeriums zu der vorgeschlagenen Regelung in Umdruck 16/3021.

Abg. Puls schlägt deshalb vor, für die Mai-Tagung des Plenums auf der Grundlage des Umdrucks 16/3021 einen interfraktionellen Gesetzentwurf zur Änderung des Brandschutzgesetzes vorzubereiten und einzubringen. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (Nebentätigkeiten)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1665

b) Entwurf einer Änderung der Verhaltensregeln für die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1668

(überwiesen am 22. November 2007 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Finanzausschuss)

Abg. Puls schlägt vor, zunächst das Votum des mitberatenden Finanzausschusses abzuwarten.

Abg. Hentschel erklärt, nach Auffassung seiner Fraktion seien die beiden Vorlagen abstimmungsreif, deshalb habe er die Beratung für diese Sitzung beantragt. Mit einer weiteren Verschiebung sei er jedoch einverstanden.

Abg. Kubicki sieht noch Erörterungsbedarf im Hinblick darauf, ob es wirklich angebracht sei, die entsprechende Bundesregelung auf das Land 1:1 zu übertragen.

Der Ausschuss vertagt seine weiteren Beratungen der beiden Vorlagen auf eine seiner nächsten Sitzungen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an den Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages bei staatsanwaltschaftlichen Vorprüfungsverfahren

hierzu: Umdrucke 16/1807, 16/2167, 16/2704, 16/2916, 16/2930 (interner Umdruck), 16/3000 (interner Umdruck)

Abg. Puls schlägt vor, zunächst die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Änderung des PIG in dieser Angelegenheit, der für diese Plenartagung vorgesehen sei, in den Ausschuss abzuwarten.

Abg. Kubicki stimmt dem zu, merkt jedoch an, er halte das Verhalten der Staatsanwaltschaft, das aus dem vom Landtagspräsidenten übersandten Schreiben, interner Umdruck 16/2930, deutlich werde, nach den Diskussionen des Ausschusses mit Generalstaatsanwalt Rex für eine unglaubliche Frechheit. Dabei bezieht er sich auf die Korrespondenz des Landtagspräsidenten mit dem Justizministerium in dieser Sache, die er für sehr dankenswert halte.

RD Dr. Caspar, Wissenschaftlicher Dienst des Landtages, weist außerdem auf Differenzen zwischen dem jetzt dem Ausschuss von Generalstaatsanwalt Rex zugeleiteten Erlass, interner Umdruck 16/3000, und der mit ihm im Laufe der Beratungen des Ausschusses vereinbarten Verfahren, dass im Bereich von AR-Verfahren vor einer Mitteilung an den Präsidenten jeweils der Abgeordnete gefragt werde, hin. Diese Vereinbarung finde man so im Erlass nicht wieder. Er sei in dieser Frage sehr offen formuliert. Teilweise stehe der Erlass auch im Widerspruch zu der Bestimmung, die im Anhang zur Geschäftsordnung zur Regelung der Mitteilungspflichten enthalten sei.

Abg. Kubicki weist darauf hin, dass sich seine Bemerkung auf die Js-Verfahren bezogen habe. Er lege Wert darauf, dass die Immunität der Abgeordneten durch die Staatsanwaltschaft beachtet werde.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, bittet RD Dr. Caspar noch einmal um eine schriftliche Darstellung der von ihm gemachten Ausführungen.

Der Ausschuss beschließt, seine weiteren Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Berücksichtigung von Zählgemeinschaften bei Ausschussbesetzungen

Vorlage des Abg. Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Umdruck 16/2784

hierzu: Umdruck 16/2868, 16/3026

Der Ausschuss verschiebt seine Beratungen auf seine Sitzung am 30. April 2008.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Dopingbekämpfung im Sport

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1297

(überwiesen am 9. Mai 2007 an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/2048, 16/2049, 16/2062, 16/2065, 16/2099, 16/2101,
16/2104, 16/2129, 16/2164, 16/2170, 16/2179, 16/2180,
16/2217, 16/2219, 16/2221, 16/2225, 16/2345, 16/2417,
16/2703, 16/2897

b) Zur umfassenden und nachhaltigen Entwicklung des Sports in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1010

(überwiesen am 1. Dezember 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**
und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/1795, 16/1830, 16/1888, 16/1907, 16/1915, 16/1937,
16/1944, 16/2039, 16/2046, 16/2062, 16/2099, 16/2101,
16/2104, 16/2129, 16/2164, 16/2170, 16/2178, 16/2179,
16/2180, 16/2217, 16/2218, 16/2221, 16/2224, 16/2225,
16/2417, 16/2897

Abg. Puls sieht noch Beratungsbedarf in den Fraktionen und bittet um Vertagung.

Abg. Kubicki sieht den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dopingbekämpfung und Sport, Drucksache 16/1297, durch die Vorlage des Antidopinggesetzes auf Bundesebene für erledigt an. - Abg. Hentschel widerspricht dem und erklärt, insbesondere im Bereich des Breitensports, für den das Land zuständig sei, gebe es zusätzlichen Regelungsbedarf. Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 16/2703, trage dem Rechnung.

Der Ausschuss vertagt seine Beratungen auf eine seiner nächsten Sitzungen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Schutz von Immobilienbesitzern

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1806

(überwiesen am 30. Januar 2008 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Finanzausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3035, 16/3036

Abg. Kubicki weist darauf hin, dass sich die Koalitionsfraktionen auf Bundesebene ebenfalls darauf verständigt hätten, eine Regelung auf Bundesebene zu schaffen. Dennoch halte er es für ein gutes Zeichen, einen entsprechenden Antrag auch auf Landesebene zu beschließen. Dementsprechend habe seine Fraktion heute einen Änderungsantrag, Umdruck 16/3036, vorgelegt.

Abg. Hentschel erklärt, seine Fraktion stehe dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP grundsätzlich positiv gegenüber, sehe jedoch auch noch weiteren Beratungsbedarf.

Der Ausschuss beschließt, seine weiteren Beratungen auf eine der nächsten Sitzungen zu verschieben.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr.
Verfassungsrechtliche Prüfung der §§ 146 Abs. 3, 134 Abs. 1 Nr. 1 des
Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes**

Schreiben des Vorsitzenden der Zweiten Senats des BVerfG - Az. 2 BvL 8/08 -
Umdruck 16/2936

Einstimmig spricht der Ausschuss an den Landtag die Empfehlung aus, in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsrechtliche Prüfung der §§ 146 Abs. 3, 134 Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Justizvollzugsgesetzes, Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts, Umdruck 16/2936, keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorrang für Erdkabel im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/1282 (neu)

(überwiesen am 23. März 2007 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

Der Ausschuss sieht keinen Anlass zu einer weitergehenden Stellungnahme im Hinblick auf den Beschluss des Wirtschaftsausschusses vom 19. März 2008. Er kommt überein, darüber hinaus keine Stellungnahme abzugeben.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder legen fest, ihre für den 29. Oktober 2008 vorgesehene Sitzung entfallen zu lassen und stattdessen am 26. November 2008 eine Sitzung des Ausschusses durchzuführen.

Der Vorsitzende, Abg. Kalinka, schließt die Sitzung um 14:30 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/3044

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
Landesverband Schleswig-Holstein

An den
Innen- und Rechtsausschuss
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Per E-Mail

16. April 2008

Betr.:
**Stellungnahme zur Antwort auf die Große Anfrage "Entwicklung der Alters-
und Personalstruktur im Bereich der Landespolizei", Drs. 16/1678**



Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei

Stellungnahme der DPoIG – Landesverband Schleswig-Holstein

Kiel, 16.04.2008

Innen und Rechtsausschuss

Zunächst gilt festzustellen, dass es sich bei der Antwort auf die Große Anfrage der FDP um ein sehr umfangreiches und sorgfältig erstelltes Werk handelt.

Die DPoIG wird sich nicht an Einzelfragen verzetteln, sondern sich an dieser Stelle auf die grobe Feststellung der Entwicklung der Landespolizei beschränken.

In der demographischen Entwicklung können wir erkennen, dass wir ab 2011 rasant in eine Überalterung der Landespolizei schlittern.

Dabei erkennt die DPoIG die Entwicklung bei den ab 50-jährigen. Insbesondere auf den Dienststellen des polizeilichen Einzeldienstes im Schicht- und Schwerpunktdienst (ca. 3500 Bea.) wird eine hohe Leistungsfähigkeit abverlangt. Nicht nur durch die belastenden Dienstformen, sondern auch durch die Art der Tätigkeit. Das polizeiliche Gegenüber ist in der Regel nicht nur deutlich jünger, sondern auch zunehmend gewaltbereiter.

Diesem zu begegnen, fällt mit zunehmendem Alter schwerer.

Diese Altersgruppe gerät ab 2011 sehr schnell in einen prozentualen Anteil von ca. 35% bis annähernd 40%.

Für so viele Beamte gibt es keine „Nischen“ mehr, die müssen durchhalten!

Diese Belastung wird sich aus folgenden Gründen verstärken:

1. Die jüngeren Beamtinnen und Beamten müssen vermehrt geschlossene Einsätze wahrnehmen, was wiederum durch die älteren ausgeglichen werden muss.
2. Der Anteil an Beamtinnen im Mutterschutz wird zunehmen, was im Streifendienst wiederum durch die älteren ausgeglichen werden muss.
3. Der Anteil an Elternzeit und Teilzeit wird ebenfalls entsprechend Pkt. 2 zunehmen, was wiederum im Streifendienst durch die älteren ausgeglichen werden muss.

Die DPoIG stellt also fest, dass eine Überalterung der Landespolizei eintreten wird. Eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit der Landespolizei ist zu erwarten.

Stellensituation

Auch wenn es keinen Stellenabbau geben sollte, so zeichnet sich durch den Abbau der so genannten Überhänge bereits jetzt eine Personalnot ab.

Die zu erwartenden Abgänge sind also höher als die Einstellungszahlen. Bei der demographischen Entwicklung der Bevölkerung entsteht eine riskante Situation, weil nach Auffassung der DPoIG nicht mehr beliebig nachgesteuert werden kann. Es werden nicht mehr genügend geeignete Bewerber zur Verfügung stehen, weil sich diese lukrativere Berufe aussuchen werden.

Der Öffentliche Dienst wird schon aufgrund der ständigen Diffamierung durch die Politik immer unattraktiver.

Außerdem wird die körperliche Verfassung wesentlich mehr Bewerberinnen und Bewerber gar nicht erst zulassen.

Es werden weiterhin Belastungen zu tragen sein, die bisher durch Überhänge mittelbar ausgeglichen werden konnten.

Dabei handelt es sich um:

- Entlassungen durch Nicht bestehen der Ausbildung
- Entlassungen wegen fehlender Geeignetheit (z.B. spätere Leistungsdefizite, disziplinare Angelegenheiten)
- Entlassungen aus gesundheitlichen Gründen
- Eigene Kündigungen
- Elternzeit
- Teilzeit
- Versetzungen in andere Laufbahnen / Verlust der Polizeidienstfähigkeit
- Weitere Ausbildungsgänge
- Abordnungen in andere Bundesländer
- Auslandsmissionen

Das bedeutet, dass bei einem ausgeglichenen Stellenplan tatsächlich deutlich weniger Beamtinnen und Beamte zur Verfügung stehen.

Dieses vor dem Hintergrund,

- dass die Stäbe „auf Kante genäht“ sind,
- die neuen Einsatzleitstellen vermutlich auf dem absoluten Minimum berechnet sind und laufend aus der Fläche ausgeglichen werden müssen,
- die Einzeldiensthundertschaften vermehrt zum Einsatz kommen, weil auch die Bereitschaftspolizei eher mit dem Minimum auskommen muss.
- Die Überstundensituation nach wie vor angespannt ist, da weder befriedigende Lösungen durch Freizeitausgleich noch durch Bezahlung vorhanden sind.

Die Einzelfallregelung, dass lebensältere Beamtinnen und Beamte vom Nachtdienst befreit werden, wird kaum noch durchzuhalten sein. Diese Möglichkeit ist ohnehin von den jeweils vorhandenen Strukturen abhängig.

Wasserschutzpolizei

Bei der Wasserschutzpolizei ist die Altersstruktur zwar nicht ganz so problematisch, hier zeichnet sich aber bereits ab, dass es nicht gelingt, in Konkurrenz zur Wirtschaft, die erwünschten Bewerberinnen und Bewerber aus dieser zu erhalten.

Fazit:

Die Stellensituation ist unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung in der Polizei und in der Bevölkerung gefährlich gering, insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Aufgaben und steigender Qualitätsanforderungen.

Das Fehlen der so genannten Überhänge nimmt der Polizei die Möglichkeiten des flexiblen Personalaustausches – das geht in der Regel zu Lasten der Flächendienststellen.

Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit bei Polizeivollzugsbeamten würde die beschriebene Situation noch verschlimmern.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Schleswig-Holstein, hält ihre Forderung nach Stellenzuwächsen bei der Landespolizei aufrecht.

Die Auftragsbücher sind voll. Wer unter diesen Voraussetzungen bei der Polizei spart, hat den Auftrag der Bevölkerung dieses Landes nicht verstanden.

Der Landesvorstand

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Schleswig-Holstein

BDK LV Schleswig-Holstein | Mühlenweg 166 | D-24116 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Ihr/e Zeichen/Nachricht vom

Ihr/e Ansprechpartner/in

Bernd Carstensen

E-Mail

bernd.carstensen@bdk.de

Telefon

+49 (0) 431.160 – 2980

Telefax

+49 (0) 431.160 – 2989

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/3033

Kiel 01.04.2008

Entwicklung der Alters- und Personalstruktur bei der Landespolizei

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund Deutscher Kriminalbeamter nimmt gern Stellung zu der vorgelegten Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP (Drucksache 16/1678).

Zunächst ist auffällig, dass in den Antworten bzw. auch schon in den Fragestellungen nicht die unterschiedlichen Spezifika der Kriminalpolizei und Schutzpolizei gefragt waren.

Demografische Entwicklung der Landespolizei

Die absehbaren rückgängigen Zahlen von Schulabgängern lassen auch einen Rückgang der Qualität der Bewerber für den Polizeidienst befürchten. In der Zukunft wird die Polizei in Schleswig-Holstein in einen Wettbewerb mit anderen Landes- oder Bundespolizeien und Unternehmen der freien Wirtschaft um qualifizierte Bewerber eintreten. Somit wird es Aufgabe der Landesregierung sein, Anreize in puncto Karriere, Bezahlung, Ausstattung und Berufsbild für diesen Polizeibewerberkreis zu entwickeln.

Entwicklungen der Planstellen und Stellen

Der Wegfall von Vollzugsstellen wird mit dem Wegfall von Aufgaben oder Abgabe von Einsparungsverpflichtungen begründet. Folglich müssten die erfolgten zusätzlichen Aufgaben z. Bsp. im Bereich der Bekämpfung des islamistischen Terrorismus, der

Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Schleswig-Holstein

Organisierten Kriminalität oder der Wirtschaftskriminalität mit Personalzuwachs bedient werden. Diese Begründung findet sich in der Antwort der Landesregierung nicht.

Die Wiedereinführung des mittleren Dienstes vor ca. 2 Jahren bei der Kriminalpolizei ist ein herber Rückschlag für die Kriminalisten dieses Landes. Medienwirksame Aussagen der damals verantwortlichen Politiker und Ministerialbeamten waren, dass die zweigeteilte Laufbahn bei der Kriminalpolizei vollendet sei. Lediglich bei einzelnen Kriminalisten und Kriminalistinnen seien die persönlichen Bedingungen noch nicht erfüllt, um in den gehobenen Dienst übernommen zu werden. Jetzt müssen sich die Kriminalisten in eine Konkurrenzauswahl mit Kolleginnen und Kollegen der Schutz- und Wasserschutzpolizei begeben. Dies bedeutet, dass ein Kriminalbeamter heute theoretisch wieder aus dem mittleren Dienst in Pension gehen wird.

Vereinbarkeit Polizeiberuf und Familie

Nach Ansicht des Bund Deutscher Kriminalbeamter befinden sich zu wenig Frauen in Führungsfunktionen bei der Polizei. Die Möglichkeiten der teilzeitlichen Beschäftigung und Kinderbetreuung während der Dienstzeit sind zu verbessern.

Altersstruktur der Täter/Tatverdächtigen

Die Landesregierung liegt nach unserer Meinung mit ihrer Einschätzung falsch, dass das Verhältnis zwischen den Alterstrukturen von Polizei und Tatverdächtigen eine nachrangige Rolle spielt, da die polizeiliche Hauptarbeitslast in Fällen von Körperverletzung eher in der Ermittlungsarbeit als in der Einsatzbewältigung zu sehen ist. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass der "Großvater"-Ermittler bei einem "Enkel"-Tatverdächtigen die besseren Ermittlungserfolge erzielt.

Spezielle Dienste der Polizei

Die Alterbeschränkungen für die Spezialdienststellen der Landespolizei haben sich als den Bedingungen des Dienstes entsprechend richtig erwiesen. Leider ist die Nachverwendung der ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen aus den Spezialdienststellen nicht befriedigend geregelt ist. Theoretisch ist es möglich, dass ein qualifizierter SEK-Beamter nach seiner Verwendung in der Spezialeinheit in den Schichtdienst eines Polizeireviers versetzt wird.

Gesundheit, physische Anforderungen

Die Zahlen zu Polizeidienstunfähigkeit aus Krankheitsgründen zeigen, dass die Gesundheitsvorsorge im Polizeiberuf intensiver betrieben werden muß.

Bernd Carstensen